

Neugieriges Eisbärbaby

Zoo Karlsruhe: Jungtier ist in gut einer Woche zu sehen.

Karlsruhe. Der vier Monate alte Eisbär im Karlsruher Zoo fühlt sich in seinem Gehege sichtbar wohl. Manchmal dreht er sogar eine kleine Tour alleine – immer überwacht von Mutter Nuka. Nur ins Wasser wagt er sich noch nicht wirklich. „Er hat sich so’n bisschen ins Wasser getraut, der kleine Eisbär. Richtig Schwimmen ist es noch nicht“, sagte Zootierarzt Marco Roller. „Bis zum Bauchnabel war er schon drinne, arg viel weiter nicht.“

Kommende Woche Mittwoch will der Zoo erstmals Publikum an das Gehege lassen. Bisher ist der Zugang abgesperrt, Zäune versperren die Sicht. Das Anfang November geborene Jungtier sollte sich in Ruhe eingewöhnen.

Der Zoo rechnet mit einem regelrechten Ansturm. „Die Aufmerksamkeit ist unendlich groß“, sagte Sprecher Timo Deible. Ein Grund sei unter anderem, dass in dieser Saison nur zwei Eisbären in europäischen Zoos zur Welt gekommen seien.

Der Zugang soll daher reguliert werden, wie er sagte. Die Gäste sollten sich nicht an die Scheibe quetschen und die Tiere sollten geschützt werden. Die genauen Maßnahmen will der Zoo im Laufe der Woche bekanntgeben.

Zoobesucher und -besucherinnen müssten sich allerdings darauf einstellen, dass sie das Jungtier nicht zu sehen bekommen. „Wir werden die Tiere nicht nach draußen sperren“, sagte Deible. Nuka und der Kleine hätten jederzeit die Möglichkeit, in den Innenteil der Anlage zu gehen. Das sei im Sinne des Tierwohls. Auch ist der Kleine nicht ständig aktiv, sondern döst immer wieder – mal im Stroh, mal an der Seite von Mutter Nuka. Dann spielt der noch namenlose Eisbär etwa mit Ästen, welche die Tierpfleger ins Gehege geworfen haben. *lsu*



Das noch namenlose Eisbärbaby mit seiner Mutter Nuka. BILD: ULI DECK/DPA

Gästezahl gestiegen

Jugendherbergen: Leichter Zuwachs bei Übernachtungen.

Stuttgart. Die baden-württembergischen Jugendherbergen haben 2024 einen leichten Zuwachs bei den Übernachtungen gezählt. Ihre Anzahl legte um 0,7 Prozent auf 956.003 Übernachtungen zu, wie der Landesverband in Stuttgart mitteilte. Die Gästezahl stieg um 3,3 Prozent auf 380.028 Personen. Somit habe der positive Trend der letzten Jahre fortgesetzt werden können. Besonders Familien und Einzelreisende nahmen das Angebot verstärkt in Anspruch.

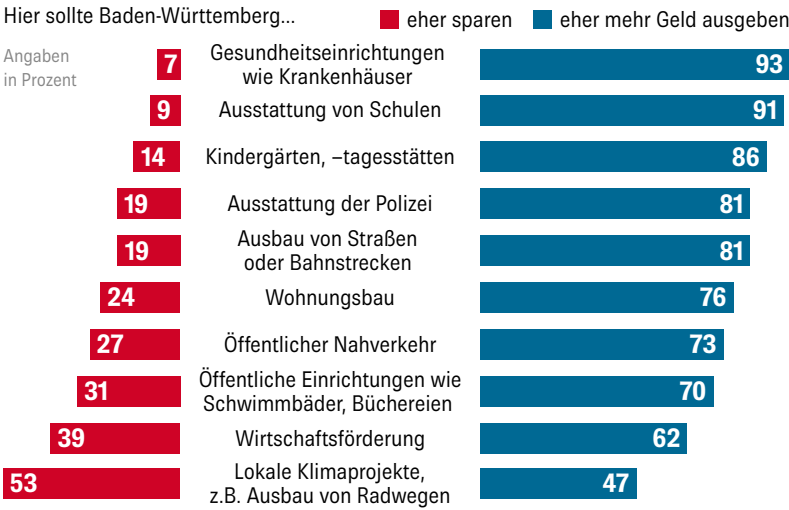
Der Landesverband des Deutschen Jugendherbergswerks betreibt insgesamt 46 Jugendherbergen, von denen aktuell 41 im Gästebetrieb stehen. Diese Einrichtungen bieten insgesamt 6.863 Betten. Schulen bleiben mit 41 Prozent der Übernachtungen die größte Gästegruppe. Freizeitgruppen trugen mit 22 Prozent sowie Teilnehmende der beruflichen Bildung und Tagungen mit 11 Prozent zur Auslastung bei. Insgesamt fordern die knapp 400 Jugendherbergen in Deutschland für die Sanierung ihrer Häuser eine massive Förderung vom Staat. Andernfalls seien gerade Standorte in ländlichen Regionen von der Schließung bedroht, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH), Oliver Peters. *lsu*



Restaurantbesuche stehen auf der persönlichen Sparliste der Bürger ganz oben: Fast zwei Drittel halten sich damit zurück. BILD: JENS KALAENE/DPA

Lieber verschulden als sparen

Sparen und investieren

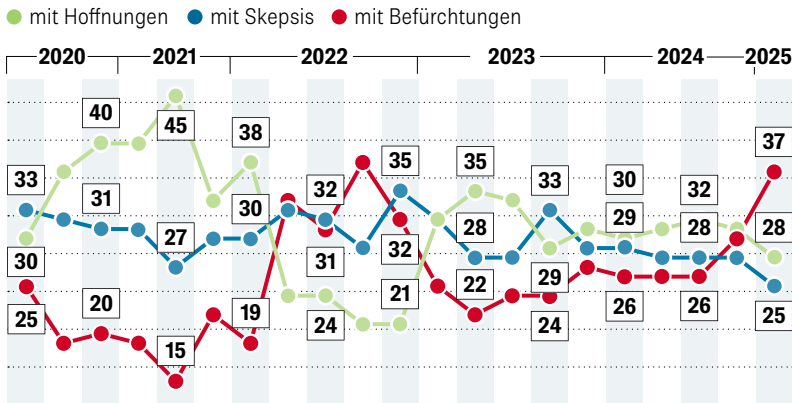


Woher soll der Staat in diesen außenpolitisch unsicheren und wirtschaftlich mageren Zeiten das Geld nehmen? Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg haben bei dieser Frage ihre speziellen Prioritäten.

Von Matthias Schiermeyer

Wachsende Besorgnis

Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen? (Angaben in Prozent)



Die dichte Aufeinanderfolge von Krisen, die innen- und außenpolitischen Verwerfungen, die Tristesse der Wirtschaft – all das hinterlässt tiefe Spuren im Bewusstsein der baden-württembergischen Bevölkerung. Allgemeine Befürchtungen nehmen drastisch zu, die Hoffnungen auf eine Rückkehr zu guten Zeiten schmelzen dahin. Somit wächst die Skepsis bezüglich der Leistungsfähigkeit der Republik. Denn immer mehr Menschen glauben, dass diese insgesamt ihre besten Jahre hinter sich hat.

43 Prozent der für den neuen BaWü-Check Befragten meinen, dass Deutschland seinen Zenit überschritten habe – eine Minderheit von 38 Prozent widerspricht, wie das Institut für Demoskopie Allensbach feststellt. Eine Mehrheit hält den Verzicht auf Neuverschuldung für nicht zeitgemäß. Auch die finanzielle Lage des Landes Baden-Württemberg wird weitaus negativer eingeschätzt als noch vor wenigen Jahren. Nur noch jeder Dritte glaubt, dass das Land finanziell in einer komfortablen Situation ist, während 54 Prozent das Verhältnis von Einnahmen und Schulden kritisch sehen.

Wie raus aus dieser Falle der Geldnot? Es wird heiß diskutiert: ei-

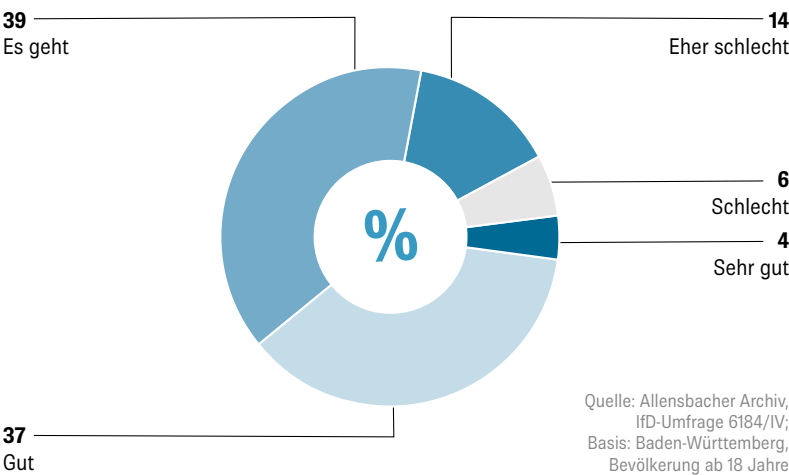
nerseits über neue gigantische Investitionsfonds und die Reform der Schuldenbremsen, andererseits über Sparpotenziale. Die Ampelregulierung ist an dieser Frage zerbrochen. Diese Debatte könnte bald verstärkt auf die baden-württembergische Ebene hinüberschwappen. Im BaWü-Check setzt sich nur gut jeder Dritte dafür ein, dass das Land am Ziel festhalten sollte, keine neuen Schulden aufzunehmen. 50 Prozent meinen trotz der Belastung künftiger Generationen, dass die Schuldenbremse den Herausforderungen nicht gerecht wird und die Neuverschuldung in bestimmten Bereichen erhöht werden könne.

Investieren ist demnach das Gebot der Stunde. Die große Mehrheit benennt zahlreiche Bereiche mit großem Bedarf, aber nur wenige, wo Einsparungen nicht gerecht wird und die Neuverschuldung in bestimmten Bereichen erhöht werden könne. Investieren ist demnach das Gebot der Stunde. Die große Mehrheit benennt zahlreiche Bereiche mit großem Bedarf, aber nur wenige, wo Einsparungen nicht gerecht wird und die Neuverschuldung in bestimmten Bereichen erhöht werden könne. Investieren ist demnach das Gebot der Stunde. Die große Mehrheit benennt zahlreiche Bereiche mit großem Bedarf, aber nur wenige, wo Einsparungen nicht gerecht wird und die Neuverschuldung in bestimmten Bereichen erhöht werden könne.



Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage

Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?



In lediglich drei Bereichen befürwortet die Mehrheit der Befragten Einsparungen: in lokalen Klimaprojekten wie dem Ausbau von Radwegen, der Unterstützung von Sportvereinen und der Förderung von Theater und Museen.

Erheblich größer ist die Sparfreude der Bürgerinnen und Bürger jedoch, wenn es nicht um Angebote und Dienstleistungen geht, die sie direkt betreffen, sondern um strukturelle Eingriffe – etwa die Verkleinerung des Landtags (62 Prozent Zustimmung), die Zusammenlegung von Ministerien (60) oder von kleinen Gemeinden oder Landkreisen (45).

Ein genereller Abbau von Personal in der öffentlichen Verwaltung wird dagegen zurückhaltend bewertet: Lediglich jeder Dritte könnte sich damit anfreunden. Viel Brisanz birgt die Idee, bei den Staatsdienern zu kürzen, denn deren Besserstel-

lung in mancherlei Hinsicht ist in der Bevölkerung ein heißes Eisen.

Konkret gefragt wurde: „Beamte haben gegenüber Angestellten bestimmte Privilegien, zum Beispiel bezahlen sie keine Renten- oder Arbeitslosenbeiträge und erhalten eine staatliche Pension, die in der Regel höher ausfällt als die gesetzliche Rente. Wie stehen Sie dazu?“

Beamtenprivilegien sind der Mehrheit ein Dorn im Auge

Die Privilegien für Beamte abzuschießen, weil es „nicht gerechtfertigt und nicht mehr zeitgemäß“ sei, dass Beamte gegenüber Angestellten bessergestellt sind, findet bei einer deutlichen Mehrheit von 66 Prozent Rückhalt – während 23 Prozent es befürworten, Beamte besser zu stellen, weil der Staat „darauf angewiesen ist, gut ausgebildete Leute zu bekommen und als Arbeitgeber attraktiv zu sein“.

Die Bereitschaft, sich selbst einzuschränken, ist bei den Befragten bedingt vorhanden: So halten sich 60 Prozent insbesondere bei Restaurantbesuchen zurück. Jeder Zweite spart bei den Ausgaben für Urlaub und Reisen, wenngleich die Tourismusbranche für das vorige Jahr neue Höchststände vermeldet und mit Zuversicht auf das Jahr 2025 schaut.

Fast jeder Zweite (jeweils 47 Prozent) hält sich beim Kauf von Klei-

dung sowie beim Besuch von Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten zurück. Jeweils 42 Prozent berichten von Einschränkungen des Heizungs- und Stromverbrauchs; 36 Prozent versuchen, Spritkosten zu senken – deutlich weniger als noch vor drei Jahren. Ebenso 36 Prozent sparen bei Lebensmitteln, 37 Prozent bei Genussmitteln wie Alkohol, Zigaretten und Süßigkeiten.

Insgesamt, so resümieren die Meinungsforscher vom Bodensee, zeigt sich das Konsumklima verhalten; es sei offen, ob sich in der Gemengelage von Krisen, Risiken und Transformationsprozessen in absehbarer Zeit eine echte Verbesserung ergeben wird.

Bemerkenswert ist – womit der BaWü-Check andere Erhebungen bestätigt –, dass die Menschen ihre eigene wirtschaftliche Lage immer noch als relativ günstig erachten: Immerhin 41 Prozent bewerten diese als (sehr) gut. 39 Prozent halten ihre wirtschaftliche Lage noch für erträglich. Und nur jeder Fünfte sieht sich in einer eher schlechten oder schlechten Situation. Das persönliche Empfinden ist offenkundig besser als die auch von Politik und Medien geschürte Negativstimmung. Wenn sich also insgesamt der Wind dreht, dann könnte auch die persönliche Zuversicht rasch wieder zum Tragen kommen.

Mehrheit für begrenzte Neuverschuldung

Baden-Württemberg hat sich dazu verpflichtet, keine neuen Schulden aufzunehmen. Sollte man Ihrer Meinung nach an diesem Ziel festhalten, oder sollte Baden-Württemberg angesichts der aktuellen Herausforderungen seine Ausgaben in bestimmten Bereichen erhöhen, auch wenn dadurch die Verschuldung ansteigt?

